

**IX. Die Kommission unterbreitet aus den Empfehlungen folgende  
Formulierungsvorschläge für die Landeswahlordnung:**

*(Ergänzungen in kursiv)*

**§ 1 LWO Aufsicht und Finanzierung**

*(1) Die Wahlen in Berlin stehen unter Aufsicht der für Inneres zuständigen Senatsverwaltung, in den Wahlkreisverbänden auch unter Aufsicht der Bezirksämter.*

*(2) Die für Inneres zuständige Senatsverwaltung sichert in Abstimmung mit der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung nach einheitlichen Kriterien spätestens ein Jahr vor dem jeweiligen Wahltag die auskömmliche Finanzausstattung für die Durchführung der Wahlen in den Bezirkswahlämtern.*

**§ 2 LWO ~~Geschäftsstelle des Landeswahlleiters oder der Landeswahlleiterin~~  
Landeswahlamt und Bezirkswahlämter**

*~~(1) Zur Vorbereitung und Durchführung der Wahlen wird bei der für Inneres zuständigen Senatsverwaltung eine Geschäftsstelle des Landeswahlleiters oder der Landeswahlleiterin eingerichtet. Im Geschäftsbereich der für Inneres zuständigen Senatsverwaltung wird ein Landeswahlamt eingerichtet, das für die organisatorische Vorbereitung und Durchführung der Wahlen verantwortlich ist. In den Bezirksämtern führt das zuständige Amt die Bezeichnung „Bezirkswahlamt“.~~*

*(2) Die Abstimmung und Zusammenarbeit mit den Bezirkswahlämtern werden mindestens ein Jahr vor dem jeweiligen Wahltag über Vereinbarungen geregelt.*

*(3) Das Landeswahlamt unterstützt den Landeswahlleiter/die Landeswahlleiterin bei der Wahrnehmung der gesamtstädtischen Steuerung und unterliegt in dieser Funktion dem Weisungsrecht des Landeswahlleiters/der Landeswahlleiterin. Die Bezirkswahlämter sind jederzeit gegenüber dem Landeswahlamt auskunftspflichtig.*

### § 3 Wahlorgane

(1) (...)

(2) Spätestens ~~sechs Monate~~ *ein Jahr* vor dem Wahltag werden der Landeswahlleiter oder die Landeswahlleiterin und der Stellvertreter oder die Stellvertreterin vom Senat, der Bezirkswahlleiter oder die Bezirkswahlleiterin und der Stellvertreter oder die Stellvertreterin vom zuständigen Bezirksamt bestellt. *Sie werden auf unbestimmte Zeit bestellt, ihre Abberufung bedarf eines wichtigen Grundes.*

(3) Die Namen und dienstlichen Anschriften der Wahlleiter und Wahlleiterinnen sowie der Stellvertreter und Stellvertreterinnen macht die für Inneres zuständige Senatsverwaltung im Amtsblatt für Berlin bekannt.

### § 4 LWO Bildung der Wahlausschüsse und der Wahlvorstände

*§ 4 Abs. 4, Abs. 8 S. 1, Abs. 9 1. und 2. Alt. gehören wohl systematisch zu § 3.*

### § 6 LWO Aufgaben des Landeswahlleiters oder der Landeswahlleiterin

(1) Der Landeswahlleiter oder die Landeswahlleiterin führt die Geschäfte des Landeswahlausschusses und trägt die Verantwortung für die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen in Berlin.

(2) *Sie übt die gesamtstädtische Steuerung aus und legt einheitliche Standards im Benehmen mit den Bezirken fest.*

(3) *Zur Vorbereitung und Durchführung der Wahlen finden mindestens ein Jahr vor dem jeweiligen Wahltag monatliche Abstimmungen mit den Bezirkswahlleitern bzw. Bezirkswahlleiterinnen statt.*

(4) *Der Landeswahlleiter/die Landeswahlleiterin hat in dieser Funktion in allen grundsätzlichen, die Wahlen betreffenden Fragen einen unmittelbaren Zugang zu dem für Inneres zuständigen Senatsmitglied.*

## § 7 LWO Aufgaben der Bezirkswahlleiter oder der Bezirkswahlleiterinnen und der Bezirkswahlämter

(1) Die Bezirkswahlleiter oder die Bezirkswahlleiterinnen führen die Geschäfte der Bezirkswahlausschüsse und tragen die Verantwortung für die Durchführung der Wahlen in den Bezirken (Wahlkreisverbänden).

(2) Die Bezirkswahlämter sind dem Bezirkswahlleiter oder der Bezirkswahlleiterin gegenüber für die richtige Anwendung der Wahlvorschriften und für die reibungslose Durchführung der Wahlen in ihrem Bereich verantwortlich. Sie haben die von dem Bezirkswahlleiter oder der Bezirkswahlleiterin gegebenen Weisungen auszuführen.

*(3) Die Bezirkswahlämter haben die Mitglieder des Wahlvorstands vor der Wahl so über ihre Aufgaben zu unterrichten, dass ein ordnungsgemäßer Ablauf der Wahlhandlung sowie der Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses gesichert ist.*

## **D. Leitbild „Gute Wahlen in Berlin“**

Wahlen und Abstimmungen müssen in Berlin künftig besser organisiert werden. Die Expertenkommission ist sich bei dieser Einschätzung darüber im Klaren, dass bei der Durchführung einer Wahl mit unterschiedlichen beteiligten Stellen sowie einer Vielzahl von haupt- und ehrenamtlichen Kräften einzelne Fehler oder Pannen nicht vollständig auszuschließen sind. Doch das Geschehen im Vorfeld, während und nach der Wahl im vergangenen Jahr überschritt die Fehlertoleranz bei weitem. Nach unserer Einschätzung wurde die Wahl am 26. September 2021 trotz des weit über dem dienstmäßigen Soll liegenden Engagements vieler Beteiligter, das hier ausdrücklich gewürdigt werden soll, durch eine Reihe von zum Teil erheblichen Defiziten beeinträchtigt. Unsere Problemanalyse des Wahltags zeigt wichtige Bereiche auf, in denen sich die bestehenden Strukturen und Prozesse als unzureichend erwiesen haben, um unter erschwerten Bedingungen die Durchführung der Wahlen zufriedenstellend durchzuführen.

Die Analyse der Geschehnisse der Wahl in Berlin offenbart nicht nur Probleme, sondern eröffnet zugleich für kommende Wahlen die bedeutsame Chance, aus den erkannten Defiziten zu lernen. Die in unserem Abschlussbericht festgestellten Probleme und die daraus formulierten Handlungsempfehlungen zeigen, dass erheblicher politisch-administrativer Handlungsbedarf bei der Reform der Organisationsstrukturen und Organisationsprozesse im Vorfeld, der Durchführung und der Auswertung der Wahlen besteht. Ziel der vorgeschlagenen Maßnahmen ist es, durch organisatorische Reformen des Wahlgeschehens verlorengegangenes Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in demokratische Wahlen in Berlin zurückzugewinnen und darüber hinaus, das Engagement der Berlinerinnen und Berliner für Wahlen zu stärken. Denn demokratische Wahlen gelten zu Recht als Feste der Demokratie. Das Wahlrecht ist der sichtbarste Ausdruck der Volkssouveränität. Wahlen binden den Zugang zu den zentralen staatlichen Herrschaftspositionen an das Votum der Wählerschaft. Durch die Teilnahme an

allgemeinen, unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Wahlen nehmen die Bürgerinnen und Bürger ihr demokratisches Wahlrecht in die eigene Hand. Der Wahltag, so das Votum unserer Kommission, sollte deshalb ganz vom Fest der Demokratie bestimmt werden. An Wahlterminen sollten, wenn irgend möglich, keine parallelen öffentlichen Großveranstaltungen stattfinden.

Leitbilder leisten einen wichtigen Beitrag für die zielgerichtete Gestaltung von Organisationen. Wir empfehlen, dass künftig das Leitbild „Gute Wahlen in Berlin“ die Wahlen prägen soll. Das Leitbild verfolgt das Ziel, die Resilienz der Organisation von Wahlen zu stärken, das heißt, die Fähigkeit auf mögliche Probleme und Defizite besser zu reagieren und in krisenhaften Situationen handlungsfähig zu bleiben. Es gilt Organisationsstrukturen und -prozesse der Wahlen vorausschauend so zu gestalten, dass die beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung Berlins auf allen Ebenen besser als heute in der Lage sind, Probleme und Fehlentwicklungen frühzeitig zu erkennen, Lösungen für die Bewältigung zu entwickeln und in die Praxis umzusetzen.

Damit das Leitbild „Gute Wahlen in Berlin“ die künftigen Wahlen prägt, halten wir die Erfüllung der folgenden Anforderungen an die Reform der Wahlorganisation für notwendig. Die Organisationsstrukturen und -prozesse sind erstens am Grundsatz der **Wählerfreundlichkeit** zu gestalten. Die Organisation der Stimmabgabe ist so einzurichten, dass die Bürgerinnen und Bürger mit möglichst geringem Aufwand von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen können und die rechtssichere Auszählung der abgegebenen Stimmen gewährleistet ist. Um die Ziele zu erreichen, sind verbesserte vorausschauende planerische Maßnahmen und die Bereitstellung von zusätzlichen Finanzmitteln für Personal und Infrastruktur erforderlich. Im Lichte der Erfahrungen der Wahl vom 26. September 2021 ist besonders darauf Wert zu legen, dass unverhältnismäßig lange Warteschlangen vermieden werden und gut geschulte Wahlhelfende in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen. Zudem ist notwendig, dass eine angemessene Zahl von Wahlkabinen bereitsteht.

Weiter gilt es sicher zu stellen, dass die richtigen Stimmzettel für den jeweiligen Wahlbezirk in den Wahllokalen vorgehalten werden und die Wählerinnen und Wähler nur die Stimmzettel ausgehändigt bekommen, für die sie wahlberechtigt sind. Bei Briefwahl ist dafür zu sorgen, dass Bürgerinnen und Bürger die Wahlunterlagen rechtzeitig vor dem Wahltermin erhalten und die abgegebenen Stimmen sicher und pünktlich vor der Auszählung in den Briefwahllokalen eintreffen, um ausgezählt zu werden.

Die zweite Anforderung für die Umsetzung des Leitbilds „Gute Wahlen in Berlin“ ist die Erzielung von **Koordinations- und Kooperationsfreundlichkeit**. Die Wahlorganisation ist eine gesamtstädtische Aufgabe von der Bezirksebene bis zum Senat und dem Abgeordnetenhaus, von dem ehrenamtlichen Wahlvorstand, der Bezirkswahlleitung bis zur Landeswahlleitung. Planung, Durchführung und Auswertung der Wahlen stellen einen arbeitsteiligen Prozess dar, der intensive Koordination und enge Kooperation, zwischen Landeswahlleitung und Bezirkswahlleitungen und Bezirkswahlämtern als auch zwischen den genannten Bezirksämtern erfordert. Im Rahmen des Leitbildprozesses gilt es, Organisationsstrukturen und -prozesse der Wahlen so zu gestalten, dass sich alle Beteiligten frühzeitig die Problemstellungen zu eigen machen, die mit der Durchführung der jeweils anstehenden Wahlen verbunden sind und sich kooperativ an der Lösungssuche und -umsetzung aktiv beteiligen. Die Analyse des Wahlgeschehens am 26. September 2021 zeigt, dass es momentan in einer Reihe von Fällen an passgenauen ineinandergreifenden organisatorischen Strukturen und Verfahren der Wahlorganisation mangelt.

**1)** Der/die Landeswahlleiter/in ist derzeit „König/in ohne Land“. Es mangelt an wirksamen Instrumenten der koordinierenden Steuerung für die Umsetzung seines Leitungsauftrags als Verantwortlicher für die Wahlen in Berlin. Aus Sicht der Kommission muss die zur Unterstützung der Landeswahlleitung eingerichtete Geschäftsstelle ihrer Bedeutung gemäß zu einem Landeswahlamt ausgebaut werden. Die Landeswahlleitung muss aus unserer Sicht ein Weisungsrecht gegenüber dem Landeswahlamt erhalten.

2) Bei der Qualitätssicherung der Schulungen für Wahlhelfende zeigen sich die negativen Folgen unzureichender Koordination. So werden in den 12 Berliner Bezirken in der Regel in Eigenregie Schulungsmaterial für den Wahlablauf und Auszählung der Wahlen erstellt. Dies verursacht vermeidbaren Arbeitsaufwand und bindet unnötig Personal der öffentlichen Verwaltung Berlins, das für andere Aufgaben adäquater eingesetzt werden kann. Im Rahmen des Leitbilds „Gute Wahlen in Berlin“ halten wir deshalb die Erstellung berlinweit einheitlicher Schulungsmaterialien für notwendig.

3) Aus Sicht der Kommission sind verbindliche Kommunikationsstrukturen zwischen den Wahlleitungen und den Wahlvorständen zu gewährleisten. Hierfür sollen gesicherte IT-gestützte Lösungen angeschafft und genutzt werden.

Das dritte Kriterium für die Gestaltung der Organisationsstrukturen und -prozesse im Rahmen des Leitbilds „Gute Wahlen in Berlin“ ist das **Prinzip der Fehlerfreundlichkeit**. Fehlerfreundlichkeit meint nicht, dass sich bei den Wahlen möglichst viele Pannen ereignen sollen. Im Gegenteil: Das Prinzip Fehlerfreundlichkeit meint die Institutionalisierung eines professionellen fehlersensiblen Verbesserungsprozesses, um Fehlleistungen in der Zukunft zu vermeiden. Vor Wahlen sollen mögliche Fehler frühzeitig identifiziert werden. Während der Wahlhandlungen müssen Lösungsquellen für akut auftretende Fehler vorhanden sein. Nach Wahlen sollen eingetretene Fehlerquellen regelmäßig systematisch ermittelt und fachkundig bewertet werden. Zur Vermeidung von Fehlern halten wir ein neu zu schaffendes frühzeitiges und systematisches Monitoring der Wahlen für sinnvoll. Die Leitung des Monitorings sollte durch die Geschäftsstelle des Landeswahlleiters bzw. des neu zu schaffenden Landeswahlamtes erfolgen. Nach jeder Wahl sollte darüber hinaus eine Monitoring-Gruppe aus Landeswahlleitung, Bezirkswahlleitungen, Bezirkswahlämtern, externen wissenschaftlichen Experten und Wahlhelfenden, den Ablauf der Wahl bewerten. Die Ergebnisse der Kommission sollen in einem Abschlussbericht münden, der Senat und Abgeordnetenhaus zur weiteren Willensbildung und Entscheidungsfindung vorgelegt wird.

Die Expertenkommission „Wahlen in Berlin“ ist der Überzeugung, dass die Umsetzung des Leitbilds „Gute Wahlen in Berlin“ einen wichtigen Beitrag leistet, die vorgeschlagenen Handlungsempfehlungen für die Reform der Wahlorganisation zielgerichtet umzusetzen. Wir empfehlen dem Berliner Senat und dem Abgeordnetenhaus des Landes Berlin einhellig das Zeitfenster bis zur Wahl des Europäischen Parlaments 2024 zu nutzen, damit die notwendigen Verbesserungen der Organisationsstrukturen und -prozesse der Wahlen in Berlin in absehbarer Zeit wirksam werden.



## **E. Appell der Kommissionsmitglieder an die Berliner Zivilgesellschaft**

### **Berlin kann Wahlen – jetzt erst recht!**

Wahltag sind Festtage der Demokratie. Sie können und sollten es jedenfalls sein. Doch das Funktionieren von Wahlen und Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit.

Demokratie ist eine Mitmach-Veranstaltung, die ohne das Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger nicht funktioniert. Demokratie muss deshalb immer wieder neu erkämpft, verteidigt und aktiv gelebt werden.

Das gilt auch für ihr Herzstück, die demokratische Wahl. Wahlen sind aber kein Festmahl, an dem die Bürgerinnen und Bürger von Staat und Verwaltung zu Tisch gebeten werden. Vielmehr sind Wahlen mit einem selbstorganisierten Nachbarschaftsfest vergleichbar, zu dem jeder mit- und einbringt, was er vermag. Das Fest hat klare Regeln und braucht eine funktionierende Infrastruktur. Mit Leben füllt es sich aber erst durch das Engagement seiner aktiven Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Das war auch am Wahltag des 26. September 2021 so. Mehr als 38.000 ehrenamtliche Wahlhelferinnen und Wahlhelfer waren an diesem Tag im Einsatz und haben unter schwierigen, zum Teil unzumutbaren Bedingungen, mit Fantasie, Geduld, Einsatzbereitschaft und Ideenreichtum aus dem verunglückten Wahltag das Beste gemacht, was unter den gegebenen Bedingungen möglich war.

Es gab aber auch die andere Seite der Medaille: Viele kurzfristige Absagen von angemeldeten Wahlhelferinnen und Wahlhelfern kurz vor und noch am Wahltag, die den Druck und die Überlastung der anwesenden Wahlhelfenden und der staatlichen Wahlorganisation noch einmal empfindlich verschärft haben.

Für zukünftige Wahlen haben wir mit dem vorliegenden Bericht viele Maßnahmen und Handlungsempfehlungen erarbeitet, wie es bessergehen kann. Die meisten davon richten sich an die Verantwortlichen in Politik, Verwaltung und die Wahlorgane.

Darüber hinaus appellieren wir zugleich an die Berliner Zivilgesellschaft:

Lassen Sie nicht nach in Ihrem Engagement. Melden Sie sich als Wahlhelferinnen und Wahlhelfende. Überlegen Sie, wie und wo Sie in Ihrem Bezirk oder Kiez unterstützen können. Fragen Sie ihr Wahlamt vor Ort. Ihr Engagement wird von den Behörden dankbar auf- und angenommen.

Der Ärger, die Kritik und die Enttäuschung vieler Bürgerinnen und Bürger über den Wahltag am 26. September 2021 ist berechtigt, nachvollziehbar und verständlich.

Aber gerade deshalb bitten wir Sie: Vertrauen Sie auch in Zukunft der staatlichen Wahlorganisation, die ihre eigenen Fehler aufarbeitet, die Verantwortung dafür übernimmt und ihre Lehren daraus ziehen will. Ziehen Sie aus dem 26. September 2021 den richtigen Schluss: **„Berlin kann Wahlen - jetzt erst recht!“**